

Frage auf: Was sollen wir hier noch gesetzgeberisch regeln, steht es vielleicht drin im Staatsvertrag oder steht es nicht drin? Wird uns wieder ein Paket serviert, das dann so und nur so zu passieren hat? Werden wir auch wieder erleben, daß von Bonn aus die Befugnisse für Fraktionen erteilt werden? Ich erinnere daran, daß bereits am 2. Mai dieses Jahres - lange vor der Behandlung im Bundestag und in der Volkskammer - der Termin der Währungsunion von beiden Regierungen verkündet wurde. Das war die eigentliche Entscheidung über den jetzigen Weg der Anschließpolitik. Das war der historische Fehler, mit der Währungsunion einen Einigungsprozeß zu beginnen.

Das war die Entmündigung beider deutscher Parlamente, die fort dauert.

Inzwischen fordert die Währungsunion weiter Tribut, und sie räumt auch jene Lebensbereiche aus, die viele die Nischen nennen. Für viele war eben die Wohnung, das Treffen mit Freunden in der Wohnung die Nische. Das steht nun auch mit den Mieten an.

Was heißt denn „Anhebung der Mieten nur in Verbindung mit der Einkommensentwicklung“? Wie soll denn sinnvoll etwas verhandelt werden, wenn der 3. Oktober bereits festgeschrieben ist? Nein, meine Damen und Herren der Noch-Regierungen in Bonn und Berlin, die Interessen der DDR-Bürger können Sie so nicht real vertreten. Mietspekulationen sind Spekulationen über den sozialen Grundstandard. Sie spielen mit der Lebensqualität, und Sie täuschen mit dem Verweis auf Januar 1991 die Wähler. Sie können doch nicht annehmen, jeden Lebensbereich der Bürger nur mit der Heilkraft der D-Mark hier behandeln zu wollen.

DDR-Bürger leben nun noch auf diesem sozialen Sockel der niedrigen Mieten, die so nicht zu halten sind. Aber es ist auch der letzte Sockel und natürlich ein Riesenproblem für die Kommunen, die wiederum mit diesen niedrigen Mieten nicht leben können. Nun wurde ja auch die Katze aus dem Sack gelassen, nach den bisherigen Reden, die da vor allen Dingen hießen - für den Osten - Niemandem wird es schlechter gehen; und für den Westen: Keiner soll verzichten. - ist ja nun doch seit kurzem die Rede davon, daß Opfer zu bringen seien. Und natürlich, nach den Bonner Haushaltszuweisungen werden - nachdem ja die DDR nichts mehr zu verlieren hat - die fünf Länder hier die Betroffenen sein. Und da verstehe ich sehr wohl die Attacken von der SPD und auch Herrn Voigtländer mit seinen sozialen Forderungen, die hier eingebracht wurden. Aber ich muß natürlich sagen: Es fällt mir schwer, das zu verstehen, nachdem die SPD in diesem Hause dem ersten Staatsvertrag, also dem Beginn dieses Weges, zugestimmt hat.

Was wird denn nun mit den Mieten? Wird es wieder so, daß irgendwann die Regierung der Volkskammer dann eine der zahlreichen Versionen vorlegt, die eine bekannte Zeitung mit wenig Text, aber viel Pose uns schon wochenlang vorher offeriert? Das können und sollten wir nicht akzeptieren. Zu erwarten wäre deshalb vielmehr, daß zu dem Problem Bauen, Wohnen, Mieten ein gesamtes Paket geschaffen wird, mit dem Klarheit entsteht. Wie gesagt, es ist möglich, daß uns das auch im Einigungsvertrag alles offeriert wird. Aber den kenne ich nicht, und ich gebe mich auch nicht zufrieden mit der hier eingangs gegebenen Begründung, daß das irgendeiner Unterlassung sozusagen zukäme.

Meine Damen und Herren! Dieses Gesetz bewegt die große Mehrheit der Mieter also zunächst nicht. Erwartet werden klare Aussagen: Was wird wie geregelt, nachdem sich, und das dürfte auch Ihnen, Herr Zimmermann, bekannt sein, der Minister von seinem Dreistufenplan der Mietentwicklung verabschiedet hat und uns jetzt Ruhe bis 91 versprochen wurde. Warum wohl? Wir sind also dafür, auch dieses Gesetz in die Ausschüsse zu geben, es aber möglichst dort zusammen mit den entscheidenden Mietgesetzen zu beraten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der PräsidentinHelm:

Gestatten Sie eine Anfrage?

Schemmel (SPD):

Habe ich Sie recht verstanden oder habe ich mich verhört, daß Sie den Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes als einen Slogan bezeichnet haben?

Claus (PDS):

Herr Schemmel! Sie haben mich richtig verstanden. Aber Sie hatten vielleicht überhört, daß ich zuvor den Abgeordneten Voigtländer aus Ihrer Fraktion zitiert hatte, der den gleichen Satz gebrauchte, den Slogan „Eigentum verpflichtet“. Weiter habe ich nichts getan. Entschuldigen Sie! Aber Sie haben sich nicht verhört.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der PräsidentinHelm:

Meine Damen und Herren! Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates auf Drucksache Nr. 190 zu überweisen zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft und zur Mitberatung an den Finanzausschuß sowie an den Wirtschaftsausschuß. Wer mit diesem Vorschlag des Präsidiums sein Einverständnis erklärt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - So wurde diesem Überweisungsvorschlag einstimmig zugestimmt.

Von der Fraktion der F.D.P. liegt der Antrag vor, ebenfalls eine Überweisung an den Rechtsausschuß vorzunehmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Eine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? - Der Überweisung wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme und mehreren Enthaltungen zugestimmt.

Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates, Drucksache Nr. 190, an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform, an den Ausschuß für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft, an den Rechtsausschuß und an den Ausschuß Deutsche Einheit zu überweisen. Wer mit dieser Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimme. Wer enthält sich der Stimme? - So ist dieser Überweisung ebenfalls einstimmig zugestimmt worden.

Zur Federführung liegen drei Anträge vor. Einmal der Antrag des Präsidiums, die federführende Beratung dem Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform zuzuschreiben. Der Ministerrat hat beantragt, die Federführung dem Ausschuß für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft zu übertragen, und die Fraktion der SPD beantragt die Federführung für den Rechtsausschuß. Ich stelle zuerst den Antrag des Ministerrates zur Abstimmung. Wer mit der Federführung des Ausschusses für Bauwesen, Städtebau und Wohnungswirtschaft einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Wer ist dagegen? - Zwei Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Diesem Überweisungsantrag wurde bei zwei Gegenstimmen und mehreren Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt, so daß sich die Abstimmung über die anderen Anträge erübrigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich im Zusammenhang mit der Anfrage des Abgeordneten Heuer darüber informieren, daß sich der Innenminister bemüht, je ein Exemplar der geforderten Unterlagen so schnell wie möglich den einzelnen Fraktionen zuzustellen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3:

**Antrag des Ministerrates
Gesetz über die Krankenhausfinanzierung in der
Deutschen Demokratischen Republik
(Krankenhausfinanzierungsgesetz)**

(1. Lesung)

(Drucksache Nr. 192)

Ich bitte den Minister für Gesundheitswesen, Herrn Dr. Jürgen Kleditzsch, das Wort zur Begründung zu nehmen.